

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/214

Bad Godesberg, den 8. November 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
1 - 2	<u>Dreifacher Dank</u>	64

Otto Brenner zum 60. Geburtstag
Von Willy Brandt

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

3	<u>Briefwechsel in Berlin</u>	50
---	-------------------------------	----

Ausgleich nur am Verhandlungstisch möglich
Von Dr. Heinz Kreuzmann, MdB

4	<u>Keine Langeweile in Bayern</u>	51
---	-----------------------------------	----

Zweite Runde im Kampf um die Schulform

5	<u>Sorgen in Belgien</u>	33
---	--------------------------	----

Will sich de Gaulle auch der Wallonen annehmen?
Von Georg Scheuer, Paris

6	<u>Außenpolitisches Debakel der Athener Militärjunta</u>	46
---	--	----

Hintergründe der Ministerwechsel
Von Dr. Basil Mathiopoulos

* * *

Dreifacher Dank

Otto Brenner zum 60. Geburtstag

Von Willy Brandt

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Wenn ein Mann wie Otto Brenner seinen 60. Geburtstag begeht, dann ist das nicht allein Anlaß für Glückwünsche und zum Feiern. An einem solchen Tag sollte man nachdenken über den Lebensweg eines aufrechten Kämpfers für Demokratie, Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit.

Man sollte prüfen, welche Erfahrungen ein solcher Lebensweg uns für den gesellschaftspolitischen Auftrag vermitteln kann, dem wir uns miteinander verpflichtet fühlen. Man sollte sich miteinander daran erinnern, wie sehr Sozialdemokraten in Partei und Gewerkschaft aufeinander angewiesen sind.

Schon in jungen Jahren ist Otto Brenner zur Sozialdemokratie gestoßen. Mit Leidenschaft hat er der deutschen Arbeiterbewegung gedient und er beugte sich nicht. Während der nationalsozialistischen Tyrannei ging er für seine Überzeugung ins Gefängnis. Nach dem bitteren Ende war er gleich wieder zur Stelle.

Seine solide Beharrlichkeit und sein unbestechlicher Blick haben Otto Brenner nach dem Kriege an die Spitze der größten Einzelgewerkschaft der Welt, der IG Metall geführt. Er wurde auch Präsident der Metallarbeiter-Internationale. Damit hat er eine Fülle von Einflußmöglichkeiten erlangt, wie sie in der deutschen Gewerkschaftsbewegung nur wenigen Menschen zuteil geworden ist. Aber das hat nichts an dem Menschen Otto Brenner geändert. Er ist der gleiche geblieben: Bescheiden, zurückhaltend, fast ein wenig scheu; aber auch leidenschaftlich und kämpferisch, wenn es um soziale Gerechtigkeit geht und um den Frieden in der Welt.

Man hat Otto Brenner den "Eisernen" genannt, nicht nur, weil er an der Spitze der "Metaller" steht, sondern, weil er für die Rechte und Interessen der Arbeitnehmer entschlossen eintritt. Doch niemand wird ihm nachsagen können, die Verantwortung für das wirtschaftliche Ganze außer Acht gelassen oder die Interessen der Allgemeinheit vernachlässigt zu haben. Bei aller Entschlossenheit in der gewerkschaftlichen Aktion hat

er sich einen gesunden Sinn für die Realitäten bewahrt. Damit trug er zu dem Ansehen und der wichtigen Rolle bei, die die Gewerkschaften heute in unserer freiheitlichen Gesellschaft spielen.

Mehr noch: Otto Brenner hat die soziale und demokratische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich mitgeformt. Wir sind uns aber auch mit ihm bewußt, daß noch vieles zu tun bleibt, daß es großer Anstrengungen bedarf, um den demokratischen sozialen Bundesstaat zur lebendigen Wirklichkeit werden zu lassen. Es gibt viele Aufgaben, die wir in den vor uns liegenden Jahren werden lösen müssen. Und wenn ich "wir" sage, dann meine ich die Sozialdemokraten in Partei und Gewerkschaft, in Regierung und Verwaltung oder wo immer wir Verantwortung tragen. Es kommt darauf an, daß wir alle bereit sind, die neuen Aufgaben tatkräftig anzupacken.

Otto Brenner war auch in den Nachkriegsjahren nicht immer mit der Politik der Sozialdemokratischen Partei und ihren Beschlüssen einverstanden. Er hat dann nie gezögert, seine Meinung zu sagen. Doch gab es nie einen Zweifel an der Loyalität gegenüber dieser, seiner Partei. Er war und ist darauf bedacht, seine, unsere Partei zu stärken.

Denn er teilt unsere Erfahrung, daß nur die wirksame Einheit einer politischen Partei die Chance verbürgt, jenen großen Zielen nahezukommen, für die die Sozialdemokraten in unserem Lande seit hundert Jahren arbeiten und kämpfen. Kein theoretisches Sektierertum, keine noch so einfallreich begründete Gruppenbildung ist ein Ersatz dafür.

Dies ist ganz gewiß nicht die Zeit, um sich auseinander, dividieren zu lassen. Dies ist die Zeit, um enger zusammenzurücken. Wenn es Meinungsverschiedenheiten über Wege und Methoden gibt, dann muß darüber sachlich und fair diskutiert werden. Und dann muß aus der Diskussion in Partei und Gewerkschaft die Geschlossenheit in der Aktion erwachsen.

Wenn wir am 8. November dem Sechzigjährigen unsere herzlichen Glückwünsche aussprechen, dann verbinde ich für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands damit einen dreifachen Dank: Dafür, daß er sich und seinen Überzeugungen treu geblieben ist. Für seinen Rat und seine Hilfe. Und nicht zuletzt für seine Entschlossenheit, die Einheit unserer Partei zu stärken. Alle guten Wünsche für die kommenden Lebensjahre dem Vorsitzenden der IG Metall, dem Freunde und Weggefährten Otto Brenner!

Briefwechsel in Berlin

Von Dr. Heinz Kreutzmann, MdB

Klaus Schütz, der junge Regierende Bürgermeister Berlins, hat den Machthabern in Ostberlin keine Möglichkeit zur Ausflucht offen gelassen. Haben sie sich noch bei dem Brief Kiesingers damit herausreden können, daß in der Anschrift nur von einem Vorsitzenden des Ministerrats die Rede gewesen sei und die "korrekte Amtsbezeichnung" gefehlt habe, so hat sich Schütz gar nichts daraus gemacht, Herrn Abusch in seinem Brief als stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR zu apostrophieren. Schütz hat damit sicherlich nicht daran gedacht, die DDR aufzuwerten. Sie ist und bleibt, solange was sie ist, solange sie nicht offiziell als Ausland anerkannt wird und wir uns dazu nicht nötigen lassen. Die Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands auf den Status der Beziehungen zwischen zwei einander fremden ausländischen Staaten zu fixieren. Mit Recht hat Schütz erklärt, er lasse sich nicht durch das alberne Spiel um Bezeichnungen zur Handlungsunfähigkeit verurteilen. Mit der Verwendung von drei Buchstaben, auf die man auf der anderen Seite so großen Wert legt, ist noch lange nicht die Theorie von zwei deutschen Staaten als eigenständige Subjekte des Völkerrechts anerkannt. Die DDR ist nicht Österreich und ist nicht die Schweiz.

Auch Berlin ist kein "dritter deutscher Staat". Obwohl man lange Zeit von Ostberlin auf dieses Ziel zusteuerte und auch aus der Sowjetunion Äußerungen in dieser Richtung zu hören waren, rückt man in letzter Zeit sowohl in Moskau als auch in Pankow immer deutlicher von dieser These ab. Man spricht nur noch von dem "besonderen politischen Territorium Westberlin", das unter der Oberaufsicht der drei Westmächte stehen soll. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese Politik vor allem von der Überlegung bestimmt ist, den im Grund von Moskau gewünschten Akkord mit den Vereinigten Staaten nicht zu stören. Der Wunsch, als Friedensmacht zu erscheinen, mag ein Übriges dazu tun, sehr zum Mißbehagen Pankows, das immer wieder Ansätze zu einer schärferen Politik gegenüber Westberlin unternimmt. Die Ausführungen des Ersten Botschaftsrates der Ostberliner Sowjetbotschaft vor dem Republikanischen Klub in Berlin mögen daher einigen Ostberliner Politikern ziemlich sauer aufgestoßen sein. Das gilt vor allem für seine Bemerkung, man respektiere die in Westberlin geschaffenen gesellschaftlichen Realitäten.

Warum aber läßt man es dann zu, daß die Ostberliner Machthaber mit ihrer unnachgiebigen Passierscheinpolitik die Bevölkerung Westberlins dafür bestrafen, daß sie sich diese Realitäten geschaffen hat? Wenn man überall in der Welt z.B. den Besuch von Gräbern verstorbener Angehöriger von dem Wohlverhalten des Staates oder der Stadt, aus der der Besucher kommt, gegenüber den eigenen Behörden abhängig machen wollte, könnten wir getrost alle zwischenmenschlichen Beziehungen auf der ganzen Welt einstellen. Mit Repressalien gegenüber den einzelnen Menschen kann man keine Positionen verbessern, weckt man nur Widerstand. Ein Ausgleich der Verhältnisse in Berlin ist nur am Verhandlungstisch möglich. Dabei muß Ostberlin die Verhandlungspartner akzeptieren, die die Westberliner Bevölkerung gewählt hat, wie ja auch wir uns nicht die DDR-Vertreter aussuchen können, mit denen wir reden wollen. Das wollte Schütz mit seinem Briefwechsel deutlich machen. Ostberlin wird nicht darum herumkommen, dazu klar Stellung zu beziehen und sich nicht mit Ausflüchten an einer Antwort vorbeidrücken können!

Keine Langeweile in Bayern

Zweite Runde im Kampf und die Schulform

Rw. - Wenn ein Bürger des Freistaats Bayern begehrt, daß die Verfassung geändert wird, dann muß er sich hierzu mehrfach schriftlich äußern. Das erste Mal hat er sich in eine Liste einzutragen, deren Kopf besagt, er wünsche die Einleitung eines Volksbegehrens. Das zweite Mal muß er sich wiederum in eine Liste eintragen; diesmal jedoch bei der Gemeindebehörde, die zuvor prüft, ob er auch dazu berechtigt ist und seinen Personalausweis kontrolliert.

Dies alles erfordert Entschlußkraft, Kenntnis des in Frage stehender Problems einer Verfassungsänderung und, zumal in kleineren Orten, auch den Bekennermut, für etwas zu sein, gegen das andere sind. Die Anderen, das sind in diesem Fall die mit absoluter Mehrheit im Landtag regierende CSU, das sind auch wohlmeinende Mitbürger, die da vielleicht sagen: "Aber lieber Freund, Sie werden doch nicht ..." Er meint natürlich, zum Parteigänger der Sozialdemokraten werden, die nun im zweiten Gang mit dem Volksbegehren für die Gemeinschaftsschule die notwendige Stimmenzahl aufbrachten.

Es mag wenig erscheinen, daß sich in Bayern 12,9 Prozent der wahlberechtigten Bürger für das Volksbegehren der Gemeinschaftsschule eingeschrieben haben. In Wahrheit ist es sehr viel, denn gar zu viele Bürger sind der Auffassung, Schulfragen gehen eigentlich nur diejenigen an, die Kinder zur Schule schicken und seien keine Frage, die in ihrer Auswirkung die Gemeinschaft als Ganzes angeht. Die Einschreibung für das Volksbegehren der SPD und der EDP in Bayern ist daher umso bemerkenswerter, als die 12,9 Prozent nur den Durchschnitt angeben. Örtlich gibt es Ergebnisse, die bis zu 34 Prozent der Wahlberechtigten betragen.

Es gab auch regionale Abstufungen, die sicher politischer Art sind. Kein Zufall mithin, wenn Niederbayern mit 4,4 und die Oberpfalz wenig über 6 Prozent aufbrachte, während in den fränkischen Regierungsbezirken bis zu 20 Prozent registriert wurden. Obwohl die evangelische Kirche bedauerlicherweise gegen die christliche Gemeinschaftsschule Stellung nahm, liegen somit die evangelischen Landesteile weit über dem Durchschnitt der Eintragungen für das Gemeinschaftsschule-Volksbegehren.

Der bayerische Kultusminister Huber, der aus dieser Schulfrage eine politische Prestigefrage gemacht hat, scheint nun um sein Gegen-Volksbegehren besorgt zu sein. Dieses Gegen-Volksbegehren der CSU sieht eine Volksschule - nur um sie geht es - vor, die in sich konfessionell teilbar werden soll, eine Vorstellung, gegen die alle ernst zu nehmenden Pädagogen und die Lehrerorganisationen Stellung genommen haben. Naturgemäß ist es für den Bürger nicht immer leicht erfaßbar, wieso die einen für die Gemeinschaftsschule und die anderen für die eine Schule sind, in die alle Kinder gehören, wohlgemerkt beide mit dem Prädikat "Christlich" versehen. Hierauf spekuliert die Staatsregierung wohl, wenn sie nun höchst offiziell in den Kampfring tritt, um ihrer konfessionell spaltbaren Einheitschule zum Siege zu verhelfen. Das CSU-Volksbegehren, das man sorgsam terminmäßig mit dem der SPD "genischt" hatte, läuft aber weiter bis Mitte des Monats. Statt der Wahl zwischen einer weißen und einer gelben Eintragungsliste, gibt es nurmehr nur eine Liste, der alle Anstrengungen von Regierung und Kultusminister gelten. Vom Ergebnis dieser Anstrengungen wird es abhängen, wie der Kampf um die Änderungen der Schulartikel in der Verfassung weitergeht, im Landtag zuerst und wahrscheinlicherweise in einem Volksentscheid, in dem das Volk endgültig zu entscheiden hat.

Sorgen in Belgien

Will sich de Gaulle auch der Wallonen annehmen ?

Von Georg Scheuer, Paris

Die altbekannten Gegensätze zwischen französischsprachigen Wallonen einerseits und Flamen andererseits sind in letzter Zeit im belgischen Königreich durch wirtschaftliche Schwierigkeiten verschärft. Das südbelgische Industriegebiet - das Herz der "Wallonie" - befindet sich infolge der Kohlenkrise in wachsender Not. Die Wirtschaftskrise führt hier zu einer Zuspitzung des Nationalitätenproblems. Die Wallonen fühlen sich nicht nur als Bergarbeiter, sondern auch als nationale Minderheit benachteiligt. Im belgischen Parlament sitzen etwas mehr Flamen als Wallonen.

Wirtschaftliche Ursachen

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs der "Renovation Wallonne" in "Le Monde" ist der wallonische Bevölkerungsteil seit mehreren Jahren im Rückgang begriffen:

- * 37,8 Prozent vor dem Zweiten Weltkrieg, 33,3 Prozent vor zwei Jahren, angeblich nur noch 32,9 Prozent im Jahre 1970.
- * Seit 50 Jahren sei der wallonische Anteil an der arbeitenden Bevölkerung von 39 auf 29 Prozent gefallen. Hingegen seien 40 Prozent aller belgischen Arbeitslosen Wallonen.
- * Investiert werde zu 61 Prozent in Flandern, 18 Prozent in Brabant und 20 Prozent in Wallonien.
- * Die Elektrifizierung sei in zehn Jahren in ganz Belgien um 145 Prozent gesteigert worden, in Wallonien nur um 73 Prozent, in Nordfrankreich vergleichsweise um 96 Prozent.
- * Die Autobahn Frankreich-Deutschland quer durch Wallonien sei 1947 geplant, 1962 begonnen und seit fünf Jahren durchschnittlich nur 2,2 Kilometer jährlich gebaut worden.

Politische Folgen

Ebenso beschwert sich die wallonische "Minderheit" über politische Benachteiligung; der belgische Staat befände sich immer mehr in flämischen Händen.

Zweifellos sind die wallonischen Beschwerden nicht aus der Luft gegriffen. Aber warum werden sie gerade jetzt in der französischen Presse bekanntgegeben. Gibt es für General de Gaulle hier - nach Frankreich-Kanada und Andorra eine neue Rednertribüne? Brüssel wird sich hüten, den General zu einem Staatsbesuch einzuladen ...

Außenpolitisches Debakel der Athener Militärjunta

Hintergründe der Ministerwechsel

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Der Rücktritt des Außenministers der griechischen Militärjunta, Oekonomou Gouras bestätigte die Erwartungen der politischen Beobachter in Athen und in den westlichen Hauptstädten. Gouras, ein Berufsdiplomat und ziviles Mitglied des Militärregimes, zog durch seinen Schritt die Konsequenzen aus der Isolierung, in die Griechenland in den letzten Monaten durch die Junta innerhalb der westlichen Allianzen geraten ist. Diese Isolierung ist symptomatisch für die rückläufige Orientierung der politischen Konzeption, die zur Marschroute der Obristen gehört. Griechenland ist nicht nur wegen seiner strategischen Bedeutung Mitglied der NATO, sondern auch weil das Volk sein Bekenntnis zur Demokratie in der Nachkriegszeit eindeutig durch die Abwehr des kommunistischen Umsturzversuches von 1946-49 kundgegeben hatte. Entsprechend wird der Staatsstreich vom 21. April von den westlichen Alliierten als eine eklatante Mißachtung des eigentlichen Volkswillens gewertet. Die griechische Militärdiktatur wird als Fremdkörper innerhalb einer Gemeinschaft demokratischer Staaten abgelehnt. Nicht überraschen kann dagegen die Duldung des Athener Regimes seitens der Ostblockstaaten. Abgesehen von der Rolle des lachenden Dritten der sich Vorteile für die eigenen Interessenvertreter im Lande erhofft, gibt es Indizien, daß die Außenpolitik des "Starken Mannes", Papadopoulos, in die Richtung Nassers tendiert.

Gouras versuchte immer wieder zu vermitteln. Aber er konnte nicht verhindern, daß der Europarat, der EWG-Ministerrat, die skandinavischen Länder, die Bundesrepublik, die Benelux-Staaten und die Labour-Party in einer Weise Stellung bezogen, die einer Ablehnung der Zusammenarbeit mit dem Regime gleichkommt. Hinzu kamen die unkontrollierten Äußerungen der Sprecher der Militärjunta, die alle demokratischen Gegner im In- und Ausland als "Kommunisten" bezeichneten und ihr eigenes Gewaltsystem als Mustervorlage für andere westliche Länder empfahlen. Das Außenministerium wurde nunmehr von dem Ministerpräsidenten der Militärregierung, Konstantin Kollias, in Personalunion übernommen. Dies scheint allerdings nur eine Übergangslösung zu sein, denn es sickerte durch, daß der ehemalige Generalstaatsanwalt dem König schon zweimal seinen Rücktritt als Regierungschef angeboten habe, und zwar schon vor der Demission der fünf zivilen Mitglieder seines Kabinetts. Wie diese mußte er feststellen, daß er faktisch keine Vollmachten besitzt, da die Exekutive in Wirklichkeit aus den 18 Mitgliedern der Militärjunta besteht.

Die Gärung innerhalb der Junta und die fortschreitende Rivalität in der Führung verursachte gleichzeitig eine weitere Verschärfung des innenpolitischen Kurses. Vielleicht soll dadurch die Unsicherheit und die Spannung vertuscht werden. Die provozierte Gegenreaktion vor allem in den Widerstandsorganisationen läßt aufhorchen. Der Bruder des ehemaligen griechischen Botschafters in Bonn, Fürst Gregor Ypsilantis und 32 andere Politiker wurden Ende vergangener Woche verhaftet.